

Wacht, die in Bezugung gefahrt werden kann, dem Befehl der erkrankten Herr zu folgen, sei Deutschland. Das Blatt fährt fort:

Es würde abgemacht sein, nicht sehen zu wollen, daß eine Verletzung für den Kaiser vorhanden ist. Rußland ist augenblicklich neutralisiert oder gelähmt. Die deutsche Armee, die auf einen Krieg gegen Rußland und Frankreich vorbereitet war, würde gegenwärtig in einem gegen Frankreich gerichteten Krieg haben. Großbritanniens Wunde, selbst wenn es zu helfen entschlossen wäre, wenig tun. Seine Flotte würde nicht an die deutsche herantreten, die sich in das Baltische Meer oder in ihre unannehmbaren Bucht Artshur, von denen sie mehrere besitzt, zurückzieht. Die englische Armee, die zum Entsätzen ihrer Feinde mehrere Jahre hindurch schlecht geleitet wurde, ist zwar im Detail besser ausgebildet und brauchbarer als je, aber sie ist noch zu klein und zu wenig versicherungsfähig, um in einem kontinentalen Kriege entscheidend in die Waagschale zu fallen. Sie würde kaum im Falle einer Flottenüberlegenheit einer Invasion widerstehen können. Es ist also Stoff für die Besucher des deutschen Kaisers vorhanden, und diese hätten ihn im vergangenen Jahre fast gewonnen. Frankreich gab ihm durch das Opfer Delcassé Zeit zum Nachdenken. Er hat Zeit gehabt zu überlegen, ob er in die Fußstapfen Ludwigs XIV. und Napoleons treten oder dem gefandenen Grundsatze treu bleiben will, daß Deutschland groß sein wird, wenn es sich mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt, keinen Streit sucht und sich keine Streitigkeiten einbildet, wo keine Beschäftigung ist. Es kann kaum zweifelhaft sein, wie die Wahl ausfallen wird, und das Volk unseres Landes wird gut daran tun, den guten Willen Deutschlands anzuerkennen, sobald Beweise dafür vorliegen. In solchen Dingen bestehen Beweise natürlich in Handlungen und nicht in diplomatischen Reden.

Sobald Beweise dafür vorliegen! Das soll natürlich heißen, daß es zur Zeit an solchen Beweisen fehlt und daß man darum am „guten Willen“ Deutschlands zu zweifeln hat. Eine Relegierung in besonders verfehlter und gefährlicher Art! An Beweiser für seine Friedensliebe hat es Deutschland niemals, am wenigsten in letzter Zeit fehlen lassen! Und der Kaiser wird fortfahren, die deutschen Interessen wahrzunehmen, wo sie bedroht erscheinen, — ob es nun der „Morning Post“ paßt oder nicht.

London, 12. Februar. 30 Mitglieder der neuen Arbeiterpartei im Parlament: wählten heute nachmittags in einer Versammlung Reichsbarde zum Führer der Partei und sahen den Beschluß, daß die Partei im Hause ihre Sitze auf der Seite der Opposition einnehmen sollte.

England.

Petersburg, 12. Februar. Wie der Generaladjutant Pantelejew aus Tschernigow meldet, ist die Agrambewegung im Gouvernement Kurland merkbar ruhiger geworden. In dem Kreise Perejaslaw im Gouvernement Poltawa ist die Ruhe wieder hergestellt worden, doch bitten die Gutsbesitzer um die Fortdauer des Kriegszustandes, da die revolutionäre Propaganda im Gouvernement Poltawa sehr verbreitet ist. Die Bauern beginnen wieder Steuern zu entrichten und das den Gutsbesitzern geraubte Eigentum auszuliefern.

Odessa, 12. Februar. General Raulbars gibt durch Tagesbefehl bekannt, daß über jede Person, die einen Anschlag gegen Behörden mittels Sprengstoffen, Bomben, Schusswaffen oder andere Mittel versucht oder ausführt, sowie Personen, die zu solchem Zwecke dienende Gegenstände erwerben, anfertigen, bewahren oder verschüttern, künftig die Todesstrafe auf administrativem Wege ohne Untersuchung und Gerichtsverfahren verhängt wird. Der Befehl ist gültig für die Gouvernements Cherson einschließlich Odessa, Bessarabien, Jekaterinoslaw und Taurien einschließlich Sebastopol.

Türkei.

Konstantinopel, 11. Februar. Der englische Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey hat dem türkischen Botschafter in London erklärt, England werde die Sprosslinge der Jolliterhebung nicht gutheißen, bevor nicht gute Ergebnisse bei der mazedonischen Finanzkontrolle festgelegt seien und England die Gewissheit erhalte, daß dem englischen Handel keine Hindernisse bereitet werden; jedenfalls behalte sich England vor, darüber mit den übrigen Mächten zu verhandeln.

Südafrika.

In der ganzen Kolonie Natal ist, wie der „Times“ aus Pietermaritzburg telegraphiert wird, das Kriegsrecht erklärt worden. Nach der Ermordung des Unterinspektors Cooper von der Natal-Polizei ließen die Eingeborenen, die christlichen Rassen vom Romeltstamme sind, ihre Kasse im Stich und flohen nach dem bewaldeten Land bei den Quellen des Umkomas-Flusses. Die Leichen der Ermordeten wurden Sonnabend in Pietermaritzburg beerdigt. Eine Abteilung Karabiniere mit einer Feldbatterie, zusammen 350 Mann, ging Sonnabend nach der Stätte des Auftrages ab. Die Militärs erhielten Befehl, sich für die Mobilmachung bereit zu halten. Die britische Regierung bot die Entsendung von Truppen an, doch lehnte Lord Selborne das Angebot ab. Es wurde Pechensur eingerichtet. In Pietermaritzburg herrschte gestern Abend Panik infolge eines Gerüchtes, daß die Rassen auf die Stadt marschieren. Der Nachricht lag indessen nur die Tatsache zugrunde, daß die Eingeborenen einige Kilometer vor der Stadt einen Kriegszug abhielten, wobei sie dem weißen Manne den Tod voraussaßen. Die aufrechterliche Stimmung erstreckt sich hauptsächlich auf Natal; doch wenn der Brand einmal entzündet ist, meint die „Times“, könne man nicht wissen, wohin er sich ausbreiten werde. Die Tatsache, daß der erste Ausbruch unter christlichen Rassen stattfand, spreche dafür, daß die äthiopische Bewegung schon eine Unheil drohende Macht im Lande sei.

Sächsischer Landtag.

56. öffentl. Sitzung der Zweiten Kammer.

Dresden, 12. Februar, vorm. 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Käper und Kommissare.
In der heutigen Sitzung werden zunächst Kap. 17 und 18 des ordentlichen Haushaltsplans für 1906/07 verabschiedet, aber die der Abg. Dr. Vogel Bericht erstattet. Bei Kap. 17 (Landeslotterie) werden die Einnahmen mit 45 660 000 M. genehmigt und die Ausgaben mit 41 403 967 M. darunter 15 467 M. künftig wegfällig, bewilligt. Ebenso

wurden die Kap. 18 (Battere-Verbindungs-) die Einnahmen mit 600 000 M. genehmigt und die Ausgaben mit 23 128 M. bewilligt.

Petition des Oberregisseurs a. D. Maximilian Sonnenhal in Dresden, die erstellte dringende Genehmigung zur Veranstaltung von öffentlichen dramatischen Schüler-Aufführungen betreffend. — Berichterstatter: Abg. Müller. — Dem Antrag der Besorger- und Petitions-Deputation gemäß beschließt die Kammer, die Petition der Rg. Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen.

Petition des Sächsischen Photographenbundes (e. V.) um Befreiung der Anwendbarkeit des § 4, Abs. 1 des Rgl. sächsischen Gesetzes, die Sonn-, Fest- und Feiertagsfeier betreffend, vom 10. September 1870 auf selbständige Photographen und Regelung der Sonn- und Feiertagsfeier der selbständigen Photographen nach dem Vorbild der im Reichsgesetz Preußen geltenden Bestimmungen. — Berichterstatter Abg. Braun beantragt namens der Besorger- und Petitions-Deputation, die Petition der Rgl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Die Kammer beschließt demgemäß.

Nächste Sitzung: Dienstag, 13. Februar, vormittags 10 Uhr. — Tagesordnung: Verschiedene Etatkapitel und Petitionen.

Aus Sächsen.

Der Fabrikarbeiter Hagborn in Ohsch wurde, weil man ihn irrtümlich für einen Arbeitswilligen hielt, in der Nacht vom Sonntag zum Montag von zwei Unbekannten überfallen und durch Messerstücke am Kopfe so schwer verletzt, daß an seiner völligen Wiederherstellung gezweifelt wird. — Aus Petersburg schreibt man dem H. Zgl.: Zur Frage der Errichtung von Oberrealschulen in Sachsen. Aus Landtagskreisen war hierher das Gerücht gelangt, die sächsische Regierung beabsichtige, in einer der Städte des wirtschäftlichen Industriegebietes eine Oberrealschule zu errichten. Ueber Reichsvorstand hat sich darauf an das Königl. Kultusministerium gewandt und darauf die Auskunft erhalten, daß bisher im Kultusministerium lediglich Erwogen worden ist, ob dem Gesetze die höheren Schulen von 1876 für den Fall, daß Gemeinden aus Gemeindegeldern die Errichtung von Oberrealschulen anstreben, ein Nachtrag nach der Richtung gegeben werden soll, daß den Abiturienten dieser Oberrealschulen gewisse Berechtigungen verliehen werden sollen. An die Errichtung von Oberrealschulen aus Staatsmitteln denke das Kultusministerium gar nicht. Eine solche würde auch wahrscheinlich an dem Widerspruch des Finanzministeriums scheitern. — Am Sonntag starb der Direktor der Zwickauer Bank und zweite stellvertretende Vorsitzende der Handelskammer Plauen, Herr Julius Stohr, im Alter von ungefähr 48 Jahren nach kurzem Krankenlager. Herr Direktor Stohr gehörte der Zwickauer Bank seit 1885 an und war seit 30. Mai 1901 Mitdirektor. — In der Feststadt Auerbach für das 10. Sächsische Bundesfest, das vom 28. Juli bis mit 1. August stattfindet, hielt am letzten Sonntag der Verwaltungsrat des Sächsischen Bundes seine jagungsgemäße Sitzung ab. Vertreten waren durch 17 Verwaltungsräte die Verbände Auerbach, Bauen, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Lugau, L. E., Marktortsch, Reichen, Oberplatt, Delitzsch, L. B., Delitzsch i. E., Plauen und Zwickau. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Festsetzung der Bestimmungen für das 10. Sächs. Bundesfest und der Bericht des Gesamtfestvorstandes über die Vorbereitungen zum Feste. Der Gesamt-Rollenantrag, der in Einnahme und Ausgabe mit etwa 29 000 Mark abschließt, wurde vom Verwaltungsrat gutgeheißen. Die vom Verbande der Feststadt zu erbauende Fest- und Regelhalle wird bei einer Länge von 56 m und einer Breite von über 30 m 12 Akkordbahnen vereinen, ferner einen Erfrischungstraum und einen Zuschauertraum, sowie die nötigen Bureau für den Fest- und Bundesvorstand enthalten, einen Wasch- und Friseuralon beherbergen und auch sonst komfortabel angelegt sein. Das großartig angelegte Festprogramm umfaßt u. a. einen Kommerz, Festzug mit Festwagen u. s. w., Festspiel mit Ball, Feuerwerk, Konzert, einen Sommernachts-Ball und verschiedene andere Belustigungen.

Cerliche Angelegenheiten.

Kurse zur Ausbildung von Baumwärttern finden in 3 Abschnitten in diesem Jahre und mit einem Wiederholungskursus im nächsten Jahre statt, und zwar: bei der Obst- und Gartenschule zu Bauen: 1. vom 19. März bis 5. Mai, egl. vom 11. bis 18. April, 2. vom 9. bis 14. Juli, 3. vom 24. September bis 13. Oktober; bei der Freibergerlich-von-Friesen'schen Gartendirektion in Röttha: 1. vom 19. März bis 5. Mai, egl. vom 12. bis 17. April, 2. vom 2. bis 7. Juli, 3. vom 1. bis 20. Oktober. Außerdem findet für die Baumwärtter des Jahres 1905 der Wiederholungskursus statt: bei der Obst- und Gartenschule zu Bauen: vom 15. bis 20. Oktober; bei der Freibergerlich-von-Friesen'schen Gartendirektion in Röttha: vom 17. bis 23. September. Anmeldungen sind an das Direktorium des Landesobstbauvereins in Großenhain zu richten.

Aue. Der „Liberale Verein“ erachtet die gegenwärtigen Verhältnisse ansehend besonders geeignet zu regerer Betätigung durch Vortragenssammlungen. Nachdem erst kürzlich v. Gerlach hier gesprochen, war es am Sonnabend Graf von Bothmer, der in der Behandlung seines Vortragsthemas: „Die auswärtige Politik und die Sozialdemokratie“ den Standpunkt der Liberalen darlegen wollte. Unter den zum Vortrag erschienenen 150 Personen waren, nach Angabe eines Debatteredners aus den Reihen der „Genossen“, der es also wissen mußte, mindestens zwei Drittel Sozialdemokraten. Der Vortragende kennzeichnete nach Voraussicht zahlreicher Ausführungen über den Zusammenhang von Auslandspolitik und ökonomischen Verhältnissen, die historische Entwicklung der Sozialdemokratie und ihren vielfachen Umwandlung in ihren Ansichten. Die beiden Extreme der Theorie und Praxis streiten innerhalb der Sozialdemokratie fortwährend um die politische Macht. Von Seiten eines Genossen, der später aus dem Saale verwiesen werden mußte, wurde der Vortragende wiederholt durch Zwischenreden unterbrochen, obgleich er sich freihändig bemühte, den anwesenden Genossen nicht zu kräftig auf die Beine zu treten. Dagegen

wurde ihm von diesem Seite gestimmt, als er den Satz: „In mein Blut“ in Beziehung brachte zu dem Satz des Kantens: „An die Spitze meiner Haupt- und Nebenpflichten“, gegen die „Rechtsprechung“ einen Pfeil abfiel und den „Tempel“ der Volkstretung als einen „Kammer- und Schatzladen“ bezeichnete. In der anschließenden Debatte zeigte sich Genosse Scheinert als den politischen Kladderhuden noch nicht entwachsen, indem er unterläßt, von absoluter Unkenntnis der Sache, auszuführen, daß die Sozialdemokratie stets eintritt für Forderungen zu Gunsten der Handel-, aber nie für solche der Kriegsflootte. Real-schuloberlehrer Böhmer resümierte die Darlegungen des Vortragenden, daß Deutschland wegen des AnwachSENS seiner Bevölkerung mit Naturnotwendigkeit darauf hingewiesen sei, sich größere Abgabegüter zu schaffen, um im ökonomischen Kampfe der Völker nicht zu unterliegen. Der Bericht auf die Erweiterung sei so viel wie politische nationale Abhandlung und bedeute wirtschaftlichen Rückgang, an dem die Arbeiter mitteilhaftig sein würden. Hätten die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage sich aufschwungen können zu dem Gedanken vor der Reichswahl, die Reichspolitik, dann wären sie nicht auf dem nur negierenden Standpunkt verharret, sondern wären mitbestimmend gewesen bei der Vertretung der Lasten, die zur Deckung der Kosten dienen. So aber seien die Regierung und die anderen Parteien über sie einfach zur Tagesordnung übergegangen. Das Interessanteste und politisch Bedeutendste brachte der Redner des Abends, Graf von Bothmer, in dem ihm zustehenden Schlusswort. Er leitete sich da verständig: „Reichstreuen“ gegen die „Reichsdeutsch“ (sollte wohl „Reichstreuen“ heißen) gegen die nicht liberal gesinnende Presse und offenbarte dann den Kern des Antiliberalismus wörtlich in dem Satz: „Wenn ich die Wahl habe, zwischen einem Sozialdemokraten und einem Konservativen, dann werde ich für den Sozialdemokraten eintreten, denn der steht unjenseits einer Sozialdemokratie und einem Konservativen näher.“ Dieses politische Glaubensbekenntnis ist klar und unabweisbar, daß es eines Kommentars nicht bedarf.

Aue, 13. Februar. Am Sonnabend feierte der Bleichpulverarbeiter Herr Bruno Strobel bei der Firma Bleichpulverfabrik Ernst Papp sein 25jähriges Arbeitsjubiläum. Herr Strobel wurde aus diesem Anlasse von seinen Ehefrau, Herren Fabrikanten Papp und Kühnel, mit einem Sparfassenbuch, das eine ansehnliche Einlage enthält und auch von seinen Mitarbeitern in reichstem Maße beschenkt.

Aue, 13. Februar. Zu dem gestrigen Bericht, betr. Wechselräufung in Aue, ist zu berücksichtigen, daß der Verkauf des Wechselbetrags nicht beim Gemeinlichen Bankverein, sondern beim Spar- und Creditverein erhoben hat.

Bischofau. Mitteilungen aus der Gemeindevorstandung vom 9. Februar 1906. Anwesend: Gemeindevorstand Hübig, Vorsitzender und 8 Vertreter der Gemeindevorstandung. Außerdem zu Punkt 1 Herr Barre: Friedrich. Zunächst wird ein Antrag um Erhöhung von 1000 M. für die Erhebung der festeren gezahlten Lichte fröhung wird beschlossen. 2) nimmt man dankend Kenntnis von einer Einladung des Sängervereins „Concordia“ zu seinem Stiftungsfest und weiter von einem Dankschreiben des Bränner deutsch-erangel. Schulvereins für die ihm gewährte einmalige Beihilfe. 3) wird dem Allgemeinen deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschturns im Auslande eine einmalige Beihilfe von 3 M. bewilligt. 4) Ein vom Gemeindevorstand aufgestellter Antrag zum Regularis über die Erhebung von Gemeindevorstand, betreffend die Gewährung von Vergünstigungen an Rückstellungen, findet Genehmigung. 5) Obwohl für das Jahr 1906 sich gang bedeutende Mehraufwendungen nötig machen, (ca. 5000 M.) wird nach dem Vorschlage des Gemeindevorstandes beschlossen, auch für 1906 den 7fachen Anlagensatz zu erheben. Von diesem Sachstande wird mit besonderer Befriedigung Kenntnis genommen. 6) Als Mitglieder des Gesundheits-Ausschusses werden die Herren Gustav Bronhardt und Hermann Geogl gewählt. Dem Ausschusse gehören als ständige Mitglieder weiter an Herr Dr. med. Harting und als Vorsteher der Gemeindevorstand Hübig. 7) wird ein Antrag um Steuererlass und Steuerbefreiung abgelehnt. Weiter wird 8) abgelehnt ein Antrag um Nachveranlagung eines Mehrbetrags von 236 M. für eine hergestellte Transmissionsanlage. 9) wird die anderweitige Beschlußfassung wegen Befreiung beanstandeter Fleischpreise bis zur nächsten Sitzung vertagt, und 10) werden die §§ 1 bis mit 13 des Sparfassen-Regulativs in erster Lesung durchbereinigt und genehmigt.

Bockau, 12. Februar. Vergangenen Sonntag fand unter reger Beteiligung die durch Inkrafttreten des Ortsstatuts notwendig gewordene Gemeindevorstandswahl statt. Es waren 4 Auswahlpersonen aus der Klasse der Hausler und 1 aus der Klasse der Unanfässigen, sowie außerdem 4 Ersatzmänner aus sämtlichen Klassen in statutmäßiger Verteilung zu wählen. Wie es in neuester Zeit stets geschehen ist, stellte der hiesige Ortsverein den Einwohnern seine Kandidatenliste auf. Von sämtlichen aufgeführten Kandidaten wäre es beinahe Einem, dank der umfangreichen Agitation des Vereinskommitees, die für die Wahl maßgebende Stimmengabe zu erzielen. Ein ungemein schmerzfühlendes Pflaster dürfte aber für die durch ein Flugblatt des Ortsvereins arg zurückgebliebenen Ordnungspartei der Umstän sein, daß sämtliche neun von ihr vorgeschlagenen Kandidaten das Feld behaupteten. Die einzelnen Stimmengablen außer den gesplitterten lauten: Als Auswahlpersonen der Hausler: Handelsmann Oscar Stiebler 100, Schuhmachermeister Wilhelm Reinhold 97, Tischlermeister Wilhelm Junger witz 93, Fleischer Paul Ullmann 83, Goldschmied Emil Schmalfuß 82, Louis Wettkopf, Handelsmann 78, Schneidermeister Paul Vogel 74, Emil Neubert, Handelsmann 72. Als Auswahlpersonen der Unanfässigen: Maurer Louis Wetk 78, Handelsmann Ernst Domschke 155. Als Begüterte-Ersatzmänner: Emil Jech, Schmiedemeister 101, Richard Vogel, Gutbesitzer 72. Als Hausler-Ersatzmänner: Emil Vöschler, Korbmacher 90, Albin Herrmann, Korbfabrikant 89, Handelsmann Bruno Schuber 81, Bauunternehmer Hermann Scholt 80. Als Unanfässige Ersatzmänner: Karl Eduard gen. Emil Reinhold, Fabrikarbeiter 128, Richard Vogel, Schneidermeister 85. Gewählt sind demnach: Stiebler, Reinhold, Jungerwitz, Ullmann, Jech, Vöschler, Herrmann, Domschke und Reinhold.

— Kirchnachrichten der Pfarodie Wilsbach-Langenbach vom Jahre 1905. — Geboren wurden insgesamt 98 Kinder (48 in W., 45 in L.) und zwar lebend